

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

157. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 17. Februar 2005

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 11:

- a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht über die Bestandsaufnahme durch die Deutsche Energie-Agentur (dena) über den Handlungsbedarf bei der Förderung des Exportes erneuerbarer Energie-Technologien** (Drucksachen 15/1862, 15/4868)
14740 A
- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Dagmar Wöhrl, Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Exportinitiative Erneuerbare Energien vorantreiben** (Drucksache 15/4715)
14740 A

14740 B	
Dr. Ditmar Staffelt, Parl. Staatssekretär BMWA	14740 C
Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU)	14741 C
Michaele Hustedt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	14742 D
Angelika Brunkhorst (FDP)	14743 D
Dr. Axel Berg (SPD)	14744 D
Doris Meyer (Tapfheim) (CDU/CSU)	14745 D

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 7:

Antrag der Abgeordneten Angelika Brunkhorst, Birgit Homburger, Michael Kauch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Exportinitiative für Erneuerbare Energien verantwortlich und sachgerecht gestalten** (Drucksache 15/4845)

Auszug aus dem Plenarprotokoll der

157. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 17. Februar 2005

Beginn: 9.00 Uhr

(A) Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b sowie Zusatzpunkt 7 auf:

11 a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht über die Bestandsaufnahme durch die Deutsche Energie-Agentur (dena) über den Handlungsbedarf bei der Förderung des Exportes erneuerbarer Energie-Technologien

– Drucksachen 15/1862, 15/4868 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Joachim Pfeiffer

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Dagmar Wöhr, Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Exportinitiative Erneuerbare Energien vorantreiben

– Drucksache 15/4715 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

(B)

ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten Angelika Brunkhorst, Birgit Homburger, Michael Kauch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Exportinitiative für Erneuerbare Energien verantwortlich und sachgerecht gestalten

– Drucksache 15/4845 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Widerspruch höre ich keinen. Dann ist so beschlossen. (C)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Parlamentarische Staatssekretär Ditmar Staffelt.

Dr. Ditmar Staffelt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland ist ein, wenn nicht das führende Land bei Technologien im Bereich erneuerbarer Energien. Ich denke, dass es sehr vernünftig ist, dass wir uns gemeinsam darauf verständigt haben, bezüglich **des Exports** dieser Produkte, die insbesondere in vielen mittelständischen Unternehmen unseres Landes hergestellt werden und in denen in hohem Maße Entwicklungs- und Forschungsarbeit enthalten ist, initiativ zu werden und sie an verschiedenen Stellen dieser Welt anzubieten. Windenergie, Photovoltaik, Biomasse, Geothermie, das sind die Stichworte. Ich glaube, dass der Versuch, die Exportmöglichkeiten solcher Produkte weiter zu verbessern und zu optimieren, richtig war und in der Zwischenzeit auch gelungen ist.

Es ist richtig: Der dena-Bericht entwirft über das Jahr 2003 ein durchaus durchwachsendes, kritisches Bild. Aber aller Anfang ist schwer. Wir haben daraus gelernt und für 2004 die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Die zur Verfügung gestellten 15 Millionen Euro konnten fast vollständig abfließen, ein gutes Zeichen dafür, dass in unserer Industrie und hier vor allem im industriellen Mittelstand eine hohe Nachfrage existiert. (D)

Die Aktivitäten des Jahres 2004 haben überall in der deutschen Wirtschaft hohe Anerkennung gefunden und sind gelobt worden. Es handelt sich um eine Exportinitiative ohne direkte Subvention. Hier greifen die **Instrumente der Außenwirtschaftsförderung**, auch für erneuerbare Energien. Ohne diese Hilfestellung – das sagen durchweg alle Unternehmer – hätten viele, vor allem die Mittelständischen, den Markteintritt nicht oder nicht so schnell schaffen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich darf hier einmal zitieren:

Dank Ihres Programms und der hervorragenden Arbeit der Deutsch-Italienischen Außenhandelskammer gelang es uns schließlich, mit minimalem finanziellen Aufwand und auf der Basis höchst professioneller Recherche- und

- (A) Vorbereitungsarbeit, den italienischen Markt für unsere Technologie zu erschließen.

Dies ist eine Kommentierung eines der vielen Unternehmer, die an dieser Exportinitiative beteiligt waren.

Meine Damen und Herren, wir haben in 2004 sehr viel getan. Ich will einmal auf **diese Leistungsbilanz** verweisen. Insgesamt haben wir als Bundeswirtschafts- und -arbeitsministerium an 22 In- und Auslandsmessen teilgenommen und viele Unternehmer zu sehr günstigen Konditionen mit auf die Reise genommen. Im Jahre 2004 hat die bfai sieben Kontaktveranstaltungen im In- und Ausland mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien durchgeführt. Für 2005 sind weitere acht Veranstaltungen dieser Art – Kontakte herstellen lautet das Stichwort – vorgesehen.

Unter dem Namen „AHK-Programm für den Markteinstieg“ haben wir 27 Geschäftsreisen in 25 verschiedene Zielmärkte für erneuerbare Energien veranlasst. Ich denke, dass die Tatsache, dass 117 deutsche Unternehmen mit dabei waren, also dieses Angebot angenommen haben, ein gutes Zeugnis für das ist, was wir hier in Bewegung gebracht haben.

Wir haben darüber hinaus einen Projektstudienfonds des BMWA mit sieben Machbarkeitsstudien realisiert, die wiederum den Boden dafür bereiten sollen, dass unsere Unternehmen sich in solchen Märkten zu den dort geltenden Bedingungen einführen und etablieren können.

- (B)

Meine Damen und Herren, vier Demonstrationsobjekte in Zielländern – auch das gehört dazu – im Bereich Solarenergie haben wir realisiert. Außerdem haben wir in unmittelbarer Nähe, nämlich im Ostseeraum, mit entsprechenden Fördermitteln aktiv die Entwicklung erneuerbarer Energien unterstützt, vor allem in den baltischen Staaten.

(Beifall der Abg. Michaela Hustedt
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann also an dieser Stelle nur sagen: Die Bundesregierung hat gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft in diesem Bereich ein Potenzial, das wir über die letzten Jahre entwickelt und geschaffen haben, gut vermarktet. Wir werden diesen Weg weiter fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich denke, dass die Maßnahmen durch den Mittelansatz in Höhe von 15 Millionen Euro für die Exportinitiative in diesem und dem nächsten Jahr aufrechterhalten werden können. Wir

werden das Angebot feinjustieren und uns insbesondere an dem orientieren, was die Unternehmen nachfragen. (C)

Die Zahlen zur gesamten **Außenwirtschaftsinitiative der Bundesregierung** müssen Sie nur nachlesen. Allein im letzten Jahr konnte bei den deutschen Exporten ein Plus von über 8 Prozent verzeichnet werden. Deutschland ist Exportweltmeister. Das sagt etwas über die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft in der Welt aus. Wir werden unsere Aktivitäten auch in dem Bereich erneuerbarer Energien verstärken und entwickeln. Damit leisten wir, von diesem Feld ausgehend, einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Gesamtbedingungen unserer Volkswirtschaft.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Joachim Pfeiffer.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit und unseren Antrag nutzen, um darauf aufmerksam zu machen, wo die Union beim heutigen Stand der Technik auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien die besonderen Chancen und Einsatzmöglichkeiten derselben sieht, nämlich im **Export**. (D)

Neben der nationalen Schiene gilt es verstärkt, die internationalen Aktivitäten anzugehen. Einerseits ist klar, wenn in Deutschland Forschung und Entwicklung nicht praktiziert, Demonstrationsanlagen nicht gebaut werden und kein kommerzieller Nutzen vorhanden ist, tut man sich beim Export und bei der Erschließung ausländischer Märkte schwer. Das haben wir bei anderen Technologien, wie beispielsweise dem Transrapid – hier haben wir uns 20 Jahre lang schwer getan – gesehen.

Andererseits ist es seltsam, wenn trotz schlechterer Verfügbarkeit, schlechterer Bedingungen hierzulande mehr gebaut wird als im Ausland. Beispielhaft nenne ich den Windbereich oder die Photovoltaik. Von 8 760 Stunden haben wir in Deutschland im Durchschnitt gerade einmal 900 Sonnenstunden.

(Horst Kubatschka [SPD]: Wo leben Sie denn? – Ulrich Kelber [SPD]:
900 Volllaststunden!)

– Ich lebe dort, wo die Sonne öfter scheint als dort, wo Sie herkommen.

- (A) (Ulrich Kelber [SPD]: Wo komme ich denn her? – Gegenruf des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU]: Das muss eine düstere Gegend sein!)

– Das ist allerdings richtig.

(Ulrich Kelber [SPD]: Der weiß ja noch nicht einmal, wie ich heiße!)

Heute Nachmittag hatten wir ein Gespräch mit amerikanischen Vertretern der Gebiete der erneuerbaren Energien. Die durchschnittliche Dauer der Verfügbarkeit von Wind ist in den USA – das hat mich auch überrascht – onshore mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Bei der Photovoltaik sind die Zahlen sogar noch deutlicher. Trotzdem spielen unsere Anlagen dort bisher nicht die Rolle, die sie dort spielen könnten und sollten.

(Horst Kubatschka [SPD]: Sie sind ein richtiger Miesepeter!)

Es gibt mehrere Gründe. Einer ist zweifelsohne das Setzen falscher **Anreize im Inland**. Wenn es, selbst bei schlechteren Verfügbarkeiten und klimatischen Rahmenbedingungen, lukrativer ist, in Deutschland zu investieren als dort, wo der Wind weht und die Sonne scheint, dann ist etwas falsch im Staate Dänemark. Es liegt an der Überforderung und falschen Politik von Rot-Grün, an den Maßnahmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien in der Vergangenheit unternommen wurden.

(B)

Ein weiterer Grund ist sicher, dass es den überwiegend mittelständischen und teilweise jungen Unternehmen an Auslandserfahrung und spezifischen Kenntnissen der jeweiligen Marktbedingungen mangelt. Weiterhin sind der Austausch und die Vernetzung der mittelständischen Unternehmen in Deutschland bisher nur sehr unbefriedigend ausgeprägt. Hier gilt es anzusetzen.

Darüber hinaus sind beim Export und bei den internationalen Aktivitäten konsequent die Chancen der Dezentralität auszuspielen. In vielen Gegenden unserer Welt, wo es kein ausgebautes Netz mit einem ausgeklügelten Zusammenspiel der verschiedenen Netzebenen wie in Deutschland gibt, die Entfernungen zu groß sind oder die Besiedlung zu dünn ist, sind die erneuerbaren Energien bereits auf dem heutigen Stand der Technik wettbewerbsfähig.

Auch unter **Klimagesichtspunkten** spielen die erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle: Fossile Energieträger können ersetzt und Umweltschäden, beispielsweise das Abholzen von Wäldern, vermieden werden.

Daher halten wir diese Exportinitiative für wichtig und für von zentraler Bedeutung für die

weitere Entwicklung der erneuerbaren Energien. (C) Sie sind Technologien mit Zukunft, doch ihre Potenziale werden kurz- und mittelfristig in Deutschland beschränkt sein. Es muss uns also gelingen, unsere Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen und dementsprechend künftig einen höheren Anteil am internationalen Markt zu erreichen.

Die bisherige **Arbeit der dena** kann als positiv bewertet werden. Es ist gelungen, dass nun ein nationaler Ansprechpartner für Fragen des Exports zur Verfügung steht, der in engem Kontakt mit den Branchenvertretern an der Entwicklung eines geeigneten Exportinstrumentariums arbeitet. Ebenso konnten in einem ersten Anlauf die Informationsdefizite innerhalb der Branche und über die Branchen hinweg beseitigt werden.

Es besteht aber weiterhin Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Koordinierung der staatlichen Stellen. Ebenso wie in anderen Bereichen sind die Kompetenzen im Energiebereich nicht zielführend in einer Hand gebündelt. Folgende Punkte sind aus unserer Sicht wichtige Grundvoraussetzungen, die es jetzt noch zu vertiefen und zu verstärken gilt: eine stärkere Ausrichtung an den Bedürfnissen der Wirtschaft, die Berücksichtigung der Situation der jeweiligen Branchen und insbesondere die Erarbeitung eines länderspezifischen Instrumentenmixes, der eine sinnvolle Kombination aus Informationsbereitstellung, Messebeteiligung und Finanzierung beinhaltet. (D)

Ein besonderer Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit muss aus unserer Sicht die **Finanzierung** sein. Hier sollten die bestehenden Instrumente, die sich zum Teil parallel zueinander entwickelt haben und partiell gegeneinander wirken, wie der Projektstudienfonds der Außenwirtschaft des BMWA oder der KfW-Klimaschutzfonds, noch besser mit den Zielen der Exportinitiative verknüpft werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Doch dürfen wir nicht einseitig bleiben, wenn wir uns mit dem Export von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien befassen. Auch andere Technologien weisen spezielle Vorteile auf, die wir auch im Export besser ausspielen müssen. Als Vergleichsmaßstab nehme ich die CO₂-Vermeidungskosten. Die Kraftwerksmodernisierung bietet ein erhebliches Potenzial, um auch im Ausland mithilfe von Effizienzsteigerungen zu **CO₂-Einsparungen** zu kommen. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten muss dieses Feld verstärkt berücksichtigt werden, denn die Steigerung des Wirkungsgrades in gängigen Kraftwerken ist beispielsweise schon für 5 Euro je Tonne und

- (A) die Wärmedämmung an Gebäuden für 10 Euro je Tonne zu haben, während jede durch die Nutzung der Windenergie vermiedene Tonne CO₂ nach dem heutigen Stand der Technik mit mindestens 50 bis 100 Euro zu Buche schlägt; bei der Photovoltaik kostet dies sogar über 500 Euro je Tonne.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Achten Sie bitte auf die Zeit?

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Ich komme zum Ende. – Daher plädieren wir dafür, die Exportinitiative mittelfristig in eine energiewirtschaftliche Gesamtstrategie einzubinden, die mit der Modernisierung und mit Effizienztechnologien einhergeht. Nur so werden wir insgesamt erfolgreich sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Michaela Hustedt.

Michaela Hustedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist die dritte Rede, die ich heute halte. Die erste betraf das Kioto-Protokoll und befasste sich damit, warum wir noch mehr für den Klimaschutz tun müssen; die erneuerbaren Energien sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Bemühungen. Die zweite Rede bezog sich auf die Stärkung des maritimen Standortes und darauf, dass die Offshore-Windparks eine neue Säule dieser Standorte werden können, weil sie Arbeitsplätze im Bereich Häfen, neue Schiffe, Montage und Wartung schaffen können und weil 45 Milliarden Euro in diesen Bereich der Binnenwirtschaft investiert werden. Jetzt sind wir beim dritten positiven Bestandteil des Komplexes erneuerbare Energien und befassen uns damit, dass es hier eine riesige Exportchance für eine junge Technologie gibt.

Durch unser deutsches EEG sind wir inzwischen das **Innovationszentrum der Welt** in Bezug auf die Förderung der erneuerbaren Energien geworden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Wir haben dafür tatsächlich Geld mobilisiert. Meines Erachtens bewegen sich die Kosten dafür in vertretbarem Rahmen; 1 Euro pro Person und Monat halte ich für durchaus vertretbar. Aber es hat uns Geld gekostet, diesen Innovationsvorteil gegenüber anderen

Ländern zu erarbeiten; jetzt geht es darum, (C)
davon auch zu profitieren.

Es gab also gute Gründe für mich, heute drei Reden über erneuerbare Energien und Umweltschutz sowie die Stärkung des Binnenstandorts und der Exportnachfrage für die erneuerbaren Energien zu halten.

Herr Pfeiffer, Export ohne **ein Schaufenster am Binnenmarkt** funktioniert nicht.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Habe ich doch gesagt!)

Folgendes ist Ihr Problem: Sie wollen das EEG abschaffen und wettern gegen das, was wir hier gemacht haben. Wir sind aber erst dadurch, dass wir in Deutschland vorangegangen sind, in die Position gekommen, dass andere Länder auf uns schauen und sagen, wenn sie eine ähnliche Entwicklung erreichen wollten, müssten sie erstens die deutschen Gesetze kopieren und zweitens die deutschen Technologien kaufen.

Dass sich Klimaschutz auch wirtschaftlich lohnt, ist damit bewiesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es gut, dass Herr Staffelt hier geredet hat. Hier geht es nicht um Entwicklungshilfe oder darum, irgendwelchen armen Ländern mit deutschem Geld zu helfen, etwas Gutes zu tun. Es geht hier vielmehr um beinhardt Wirtschaftspolitik. (D)

Ein Land wie **China**, das derzeit wirtschaftlich ganz gut in Fahrt ist, braucht nicht unser Geld, um sich zu entwickeln. China hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 19 Prozent seiner Energieversorgung – für unser kleines Land ist es ein gigantischer Markt – auf der Grundlage erneuerbarer Energien bereitzustellen. Auf der Renewable Conference in Bonn hat China erklärt, sein Partnerland sei in diesem Bereich Deutschland. Das ist ein wirklich riesiger Erfolg deutscher Energiepolitik. Hier wird eine Zukunftsbranche aufgebaut; dies wollen wir fördern.

Großbritannien steigt nun mit Blick auf seine guten Offshore-Standorte ebenfalls in eine stärkere Windkraftförderung ein. Mit dem von der FDP vorgeschlagenen Modell hat es in Großbritannien nicht geklappt. Deswegen ist man dort trotz guter Windstandorte so meilenweit hinter uns her. Obwohl es dort so viele Küsten gibt, hat man kaum Windanlagen. Jetzt hat man gemerkt, dass das Modell der FDP nicht funktioniert,

(Michael Kauch [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

und steigt in eine offensive Förderung der Windenergie ein. Auch an den britischen Markt

- (A) müssen wir heran. Darüber hinaus müssen wir in Frankreich und Spanien mit den neuen deutschen Technologien dabei sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es geht darum, mit wenig Geld viel zu bewirken. Alle reden vom Innovationsstandort Deutschland. Im Bereich der erneuerbaren Energie ist er lebendig. Zunächst sind die Top-Ten-Länder zu benennen. Die mittelständische deutsche Wirtschaft kann nicht versuchen, die gesamte Welt wirtschaftlich zu erobern. Aber wir können feststellen, in welchem Land die gesetzlichen Rahmenbedingungen so sind, dass sich ein Fenster auftut und ein Aufbruch erfolgt. Solche Rahmenbedingungen hat in Deutschland die rot-grüne Bundesregierung geschaffen. Davon lernen andere Regierungen zurzeit, zum Beispiel in Spanien, in Großbritannien, aber auch in Frankreich. Wir müssen den kleinen und mittelständischen Unternehmen helfen, in diesen Ländern Fuß zu fassen.

- (B) Ferner müssen wir den **Auftritt deutscher Unternehmen** in diesen Ländern stärken und über die Handelskammern Austauschprogramme organisieren. Die Kammern sind hier sehr engagiert und haben auch schon verschiedenste Programme organisiert. Sie holen Leute aus den Ländern, in denen es mit den erneuerbaren Energien richtig losgeht, nach Deutschland und zeigen ihnen, was hier an Beeindruckendem geleistet wurde. Herr Stoiber hat als Erstes den chinesischen Ministerpräsidenten zu einer Biogasanlage geführt und war dann stolz wie ein Honigkuchenpferd; dem EEG hat er im Bundesrat aber nicht zugestimmt. Hier ist ein gewisser Widerspruch zu erkennen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Denken Sie bitte an die Redezeit.

Michaele Hustedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss.

Es geht also darum, diesen Know-how-Transfer zu organisieren. Die Menschen müssen hierher kommen und sehen, was wir hier erreicht haben. Zugleich müssen Vertreter der mittelständischen Wirtschaft in diese Länder fahren, damit sie die Kontakte knüpfen können, die erforderlich sind, um dort Fuß zu fassen.

Ich freue mich, dass die CDU/CSU diesen Ansatz im Grundsatz unterstützt. Allerdings wäre ein gemeinsamer Antrag schöner gewesen. Dies wäre denkbar gewesen. Sie durften nicht. Aber

- vom Inhalt her sind wir uns einig. Wir sollten gemeinsam in Zukunft versuchen, diese Initiative in beiden Ausschüssen, im Wirtschafts- und im Umweltausschuss, konstruktiv zu begleiten und voranzubringen. (C)

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Angelika Brunkhorst.

Angelika Brunkhorst (FDP):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland verfügt im Bereich der erneuerbaren Energien über Spitzentechnologie und ist Weltklasse. Das stimmt. Das ist erfreulich und sollte auch so bleiben. Da sind wir ganz Ihrer Meinung.

Umso ärgerlicher ist es, dass die **Exportrate** in diesem Bereich bislang leider nur 20 Prozent ausmacht. Im Hinblick darauf, dass gerade der – eben so hoch gepriesene – asiatische Raum – ich will die Länder nicht im Einzelnen nennen – bekannt dafür ist, dass er in allererster Linie daran interessiert ist, Technologien zu kopieren, ist es umso dringlicher, dass wir Gas geben und die Technologien der erneuerbaren Energien stärker etablieren. (D)

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Der Anteil ist aber schon auf über 20 Prozent gestiegen! Der ist deutlich am Steigen!)

– Herr Kelber, wir haben im Oktober fraktionsintern eine Expertenrunde mit der dena, der KfW und der GTZ durchgeführt. Seit Oktober wird dieser Anteil nicht nennenswert gestiegen sein.

(Ulrich Kelber [SPD]: Es sind aber die Zahlen für 2003, die Sie nennen!)

– Wir werden nachfragen. Vielleicht ist der Anteil ja um 0,2 Prozentpunkte gestiegen. Das wäre hervorragend.

Wir müssen neben der erforderlichen Stärkung der Marketingaktivitäten den Informationsfluss erhöhen. Wir müssen die Vernetzung der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Verbände stärken und deren Erkenntnisse den exportwilligen KMU gebündelt, also nur in einem Portal, zur Verfügung stellen.

Des Weiteren muss man sich natürlich fragen: Ist der Exportwille der Branche der erneuerbaren Energien eventuell nicht größer als der Importwille der Zielländer? Da sollte man einmal

- (A) genauer hinschauen. Das BMU ist immer geneigt, das EEG möglichst gleich mitzuexportieren, quasi als Türöffner, weil die Partner ansonsten vielleicht nicht ganz so willig sind. Das will ich hier in den Raum stellen.

Wir von der FDP fordern schon seit langem, dass die Aufmerksamkeit der Zielländer auf die Leistungspotenziale der flexiblen Kioto-Mechanismen

(Beifall bei der FDP)

und auf die Möglichkeiten der technologischen und technischen Zusammenarbeit gerichtet wird und dass nicht der unzutreffende Eindruck erweckt wird, dass ausschließlich das EEG ein ohne Alternativen nachahmenswertes Förderinstrument ist. Das sehen wir nicht so.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt, da die europäische Linking Directive verabschiedet ist, sind die Voraussetzungen für den Einsatz der flexiblen **Kioto-Instrumente** CDM und JI hervorragend. Die FDP fordert deswegen auch, diese sofort praxistauglich umzusetzen und nicht länger Zeit zu verlieren. Wenn die CO₂-Minderungszertifikate im Preis steigen werden, sehen wir darin – das sieht auch die KfW so – durchaus auch Möglichkeiten der Steigerung der Exportraten. Das gleiche Potenzial sehen wir für den Emissionshandel insgesamt.

- (B) Kritisch bewertet wird von **Experten der dena, der KfW und der GTZ**, dass der Verwaltungs- und Bürokratieaufwand für die Projektierung dieser Klimaschutzvorhaben viel zu hoch ist. Man sollte das Ganze vielleicht durch eine Standardisierung der Finanzdokumentationen und durch eine Standardisierung der Rahmenverträge straffen. Damit könnten auch die Transaktionskosten gesenkt werden.

Ein weiteres Erschwernis ist aus unserer Sicht, dass die **Hermeskredite** nicht in Lokalwährung zurückgezahlt werden können. Damit ist das Risiko der Schwankung der Währung nicht ausgeschaltet.

Ich möchte aber auch noch ein paar positive Dinge anmerken.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist schon vorbei. Das schaffen Sie nicht mehr. Machen Sie bitte einen Schlusssatz!

Angelika Brunkhorst (FDP):

Einen letzten Aspekt bitte. – Wir meinen, dass die besonderen Chancen der erneuerbaren Energien gerade darin liegen, dass es in den Zielländern noch keine Netze gibt, dass dort Energie gebraucht wird und dort ein dezentraler

Aufbau vonstatten gehen kann. Wir sehen der ganzen Sache optimistisch entgegen. Wir meinen, die Handlungsfelder sind klar. Sie können bearbeitet werden. Wir glauben daran, dass im neuen dena-Bericht, der irgendwann kommen wird, durchaus höhere Exportraten verkündet werden. (C)

Lassen Sie uns also in diesem Sinne weitermachen!

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Dann sind wir uns einig!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Axel Berg.

Dr. Axel Berg (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gesehen, dass es zwischen uns jede Menge Übereinstimmungen gibt. Ich finde es sehr schade, dass alle Versuche, einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten, an der üblichen Bockigkeit der Opposition gescheitert sind. Das Ergebnis ist, dass uns heute zwei Anträge vorliegen, in denen dasselbe gefordert wird: dass deutsche Unternehmen unterstützt und Spitzentechnologien im Bereich erneuerbarer Energien ins Ausland verkauft werden. Ich hätte es wunderschön gefunden, wenn wir wenigstens in diesem kleinen Teil eines Politikfeldes an einem Strang gezogen hätten. Aber es waren wieder einmal die Ideologien und Rituale, die eine Kooperation verhinderten. (D)

(Beifall der Abg. Michaela Hustedt
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Heute Morgen haben wir die Opposition stundenlang über die Wirtschaftslage lamentieren sehen. Konkrete Lösungsvorschläge haben wir leider nur sehr wenige gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Das ist falsch, was er sagt!)

Herr Dr. Pfeiffer hat eben gejammert – auch das war symptomatisch –, dass sich die Nutzung der **Windkraft** in Deutschland überhaupt nicht lohnt, weil wir zu wenig Energie haben.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Wir haben zu wenig Wind! Das ist das Problem!)

Aber, Herr Pfeiffer, der Witz ist doch, dass wir Deutschen den windstarken Nationen, den Engländern und Franzosen, die jede Menge Atlantikküsten haben, gezeigt haben, wie es geht. Umso interessanter ist es für sie, diese Technologien zu übernehmen.

Man kann den erneuerbaren Energien kritisch gegenüberstehen. Meinetwegen kann man auch

- (A) gegen das EEG sein. Aber wenn wir diese Spitzenprodukte, die andere Länder kaufen können und wollen, schon haben, dann sollten wir unsere Unternehmen in Deutschland unterstützen. Hier geht es um Arbeitsplätze. Wenn Ihnen an Arbeitsplätzen gelegen ist, dann stimmen Sie unserem Antrag bitte zu.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich die Exportzuwächse an; diese Entwicklung ist wirklich überaus erfreulich – und das, obwohl wir aufgrund des starken Euro beim **Export** erschwerte Bedingungen vorfinden. In diesem Bereich ist die Exportentwicklung in Deutschland so dynamisch wie in keinem anderen europäischen Land. Im Jahr 2004 ging es für mehrere Branchen aufwärts. Teilweise gab es auch einen nennenswerten Zuwachs an Arbeitsplätzen. Das war in sämtlichen exportorientierten Branchen der Fall: dem Maschinenbau, dem KFZ-Bau, der Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, insbesondere im Medizinbereich, der Metallerzeugung usw. Auch die Branche der erneuerbaren Energien konnte mächtig punkten.

- (B) Misslich ist jedoch, dass die Globalisierung an kleinen Unternehmen fast spurlos vorbeigegangen ist. Gerade wurde die **Umsatzsteuerstatistik** für das Jahr 2002 vorgelegt. Darin steht, dass bei Unternehmen mit Umsätzen von weniger als 1 Million Euro gerade einmal 2 Prozent ihres Umsatzes auf dem Export beruhen. Mittelständler stehen etwas besser da. Unbestritten ist, dass KMU, also kleine und mittlere Unternehmen, dringend Hilfe bei ihrem Engagement im Ausland brauchen. Im Gegensatz zu den großen verfügen die kleinen Unternehmen einfach nicht über das entsprechende Know-how und die personellen Kapazitäten, um in anderen Ländern Fuß zu fassen. Wie wichtig der Mittelstand ist, muss ich Ihnen nicht erklären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Deutschland nimmt sowohl bei der Nutzung als auch bei der technologischen Entwicklung erneuerbarer Energien weltweit einen Spitzenplatz ein. Hier ist eine leistungsfähige und hoch innovative Industrie entstanden. Was die Nutzung angeht, so müssen wir diesen Spitzenplatz meines Erachtens nicht auf Dauer behalten; denn auch andere Länder sollen unsere Produkte kaufen. Deswegen haben wir die **Exportinitiative für erneuerbare Energien** beschlossen und die dena, die Deutsche Energie-Agentur, mit ihrem Aufbau und ihrer Umsetzung beauftragt.

Nach einem etwas schleppenden Start kann man heute sagen, dass wir einiges erreicht

haben, zum Beispiel die Vernetzung von deutschen und internationalen Akteuren in Wirtschaft und Politik und die Informationsdienstleistungen für deutsche Unternehmen über die Auslandsmärkte. Wir erwarten, dass hier bald eine anständige Datenbank erstellt wird. Über die Hilfestellungen bei der Markterschließung haben wir gerade schon viel gehört. (C)

Insbesondere die KMU brauchen beim Einstieg in ausländische Märkte Hilfe. Deswegen ist die Exportinitiative ein sehr wichtiges Instrument. Sie ist ein effektives Förderinstrument, das ganz gezielt die Unternehmen unterstützt, die Geschäfte mit Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme betreiben. Wenn sich im Rahmen der Entwicklungshilfe Kooperationen ergeben, umso besser.

Ich stelle mir übrigens vor, dass wir all diese Instrumente einer begleitenden Evaluation unterziehen. Wir wollen wissen, welche Effekte die einzelnen Maßnahmen erzielen, etwa die Messeförderung. Da müssen wir natürlich nachhaken. Punkt ist: Wir wollen, dass in Deutschland mit Hightech Geld verdient wird. Wir haben Spitzentechnologien und jetzt müssen wir dafür sorgen, dass diese auch verkauft werden. Sollte auch der Export anderer Dinge, wie zum Beispiel unseres EEGs gewünscht werden – die Chinesen diskutieren darüber –, wären wir natürlich hochofrend, unsere Unterstützung geben zu können. (D)

Verstärkt wird die ganze Entwicklung durch das Kioto-Protokoll, das gestern in Kraft getreten ist. Der Wind frischt auf und das Schiff gewinnt dadurch an Fahrt. Wir sehen eine Dynamik, die sich erst langsam entwickelt und die ganz stark werden wird, weil die Notwendigkeit, Energie effizienter zu nutzen und erneuerbare Energien zu fördern, global ganz augenscheinlich wird. Langsam kriegen es weltweit auch die letzten Schlafmützen mit: Wer am meisten aus der angebotenen Energie herausholen kann, wer am effizientesten arbeitet und wer die besten Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien hat, der, meine lieben Freunde von der Opposition, wird auch und gerade im internationalen Wettbewerb die Nase vorn haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Doris Meyer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Doris Meyer (Tapfheim) (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Deutschland hat sich im Bereich der erneuerbaren Energien zu einem guten Technologiestandort entwickelt. Diese Technologien sind hervorragend für den Einsatz in Entwicklungs- und Schwellenländern geeignet. „So weit, so gut“, könnte man meinen. Aber so ist es nicht ganz. Das Technologiestandbein im Inland ist das eine, aber was uns fehlt, ist ein zweites Standbein: der **Marktzugang im Ausland**. Die deutschen Anbieter bleiben in Sachen Export bisher leider hinter ihren Möglichkeiten zurück. Das und den daraus resultierenden wirklich dringenden Handlungsbedarf konnten wir dem Bericht der Deutschen Energie-Agentur entnehmen. Im Bericht ist ganz deutlich ausgeführt: Wir müssen etwas unternehmen. Deutsches Know-how muss ins Ausland, es muss auf die Weltmärkte. Vielfältige Defizite bremsen dies bzw. machen dies fast unmöglich. Ich möchte einige der im Bericht genannten **Defizite** nennen, die wir beseitigen müssen, um die Exportinitiative zu einem effektiven Förderinstrument weiterzuentwickeln:

Deutschland ist bei der Erschließung regenerativer Energien im Vergleich zu seinen Hauptkonkurrenten Dänemark, Spanien, Österreich, USA und Japan schlecht positioniert.

(B) Der überwiegend kleinen, mittelständischen und teilweise jungen Industrie mangelt es insbesondere an Auslandserfahrung, an spezifischen Kenntnissen der Marktbedingungen und an Möglichkeiten, sich mit ihren Produkten zu präsentieren.

Der Austausch und die Vernetzung unter den Unternehmen sind nur sehr unbefriedigend ausgeprägt.

Die staatlichen Stellen sind schlecht koordiniert. Ich habe es im Ausschuss schon als Beispiel angeführt: Es gibt vier Internetportale zum Thema erneuerbare Energien und Export. Die Kompetenzen sind auf vier Ressorts verteilt; welche, wissen Sie, meine Damen und Herren.

Kleine und mittlere Unternehmen haben Informationsdefizite. Man könnte meinen, das beziehe sich auf den Auslandsbereich. Nein, erschreckenderweise bezieht sich das auf die Strukturen bei uns in Deutschland, auf die Stellen, die ihnen eigentlich helfen sollten.

Herr Staffelt, Sie haben die **Messebeteiligungen** angesprochen. Dem Aufwand für Messebeteiligungen im Ausland, wohin die Gelder größtenteils flossen, steht kaum ein messbarer Erfolg gegenüber; auch das steht in dem Bericht.

Sie sehen, meine Damen und Herren, (C) Wissen, Kompetenz und Technologie sind bei uns vorhanden. Den heimischen Markt, der als Grundlage für den Export notwendig ist, haben wir. Aber wir stehen vor der Herausforderung, unsere Möglichkeiten über unsere Grenzen hinaus bekannt zu machen.

Dort, wo die Kräfte und Ressourcen verteilt sind, müssen wir sie bündeln und die Koordination verbessern. Wir müssen die Messen und Präsentationen stärker an den Bedürfnissen der mittelständischen Wirtschaft orientieren und die Wirtschaftsvertreter aus dem Ausland für eine Mitarbeit gewinnen. Wir müssen eine länderspezifische Exportstrategie mit einem Instrumentenmix entwickeln und zum Einsatz bringen. Schließlich müssen wir die Industrie- und Handelskammern sowie die Verbände der erneuerbaren Energien mit einbeziehen.

(Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir doch!)

– Frau Hustedt, vielleicht etwas mehr. – Wir brauchen eine Gesamtstrategie, die die mittel- und osteuropäischen Länder sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer unterstützt. Es liegt an der Bundesregierung, hier die Kräfte und Initiativen zu bündeln. Werden Sie aktiv! Es ist Ihre Aufgabe.

Der bestehende Instrumentenmix aus (D) Informationen, Messebeteiligungen und Finanzierungsinstrumenten muss besser abgestimmt werden. Die Auswahl muss sich an den Belangen der Branche sowie der Märkte für Technologien aus dem Bereich der erneuerbaren Energien orientieren. Die Zusammenarbeit des Koordinierungskreises der „Exportinitiative Erneuerbare Energien“ ist zu intensivieren. Dabei ist das Fachwissen der Mitglieder des Kreises durch konkrete Aufgabenzuweisungen zu nutzen. Das Defizit bei der Projektfinanzierung muss beseitigt werden. Ihr kommt beim Export eine, wenn nicht sogar *die* Schlüsselrolle zu. Sie sollte zu einem Baustein des Instrumentenmixes ausgebaut werden.

Die Verfahren zur Antragstellung sollten erleichtert und die Exportförderung sollte verstärkt in die nationalen Klimaschutzaktivitäten einbezogen werden. Gemäß unserem Exportantrag könnte man beispielsweise die Mittel aus dem KfW-Klimaschutzfonds an eine Exportquote binden. Auch die Mittel der europäischen Entwicklungspolitik könnten vermehrt dafür eingesetzt werden. Im Rahmen der Exportinitiative sollte auch die Energieforschung vorangetrieben werden. Wir dürfen unsere guten Chancen in diesem jungen

- (A) Markt im Ausland nicht an uns vorbeiziehen lassen.

Meine Damen und Herren, die Zukunft gehört denen, die bereit sind, in der Gegenwart zu handeln.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP
– Albert Schmidt [Ingolstadt] [BÜNDNIS
90/ DIE GRÜNEN]: Das ist wahr! –
Michaele Hustedt [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Da haben Sie Recht!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Danke schön. – Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Bericht über die Bestandsaufnahme durch die Deutsche Energie-Agentur (dena) über den Handlungsbedarf bei der Förderung des Exportes erneuerbarer Energie-Technologien. Der Ausschuss empfiehlt, in Kenntnis der Unterrichtung eine EntschlieÙung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung des Ausschusses? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen angenommen.

- (B) Tagesordnungspunkt 11 b sowie Zusatzpunkt 7: Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/4715 und 15/4845 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

(C)

(D)